



WORTE UNSERES LANDESVIZE

# Längst Normalität, aber eben nicht normal

Acht Dienstzeitverlagerungen, vier Alarmierungen, davon zwei aus einem eigentlichen Frei – und das alles in nur einem Monat. In Sachen Planbarkeit zeigt sich die Berliner Polizei nun wirklich von ihrer besten Seite, man ist ja auch als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert. So viel zur Theorie, nun kommt die Praxis.

**Stephan Kelm**



Foto: CandyPotPictures

Wenn abends um 20.30 Uhr die Nachricht kommt, dass Dein Dienst am nächsten Morgen nicht um 6 Uhr, sondern schon um 4 Uhr beginnt, weil man mal eben noch im Auftrag der Staatsanwaltschaft bei einer Familie in Neukölln vorbeischauchen möchte oder irgendjemand aus dem extremistischen Spektrum von links bis rechts eine Kundgebung angemeldet hat, dann mag das etwas Besonderes sein, ein ganz besonderer Anlass, etwas Einmaliges. Ja, in Buxtehude mag da so sein, in der Hauptstadt ist das längst Alltag. Dass es dann in nahezu allen Fällen sehr reibungslos, hoch professionell abläuft, ist meinen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken und auch ihrer hohen Belastungsfähigkeit. Das ist umso beachtlicher, wenn man bedenkt, dass unter besagten Umständen ein soziales Leben mit Familie, Freunden, Hobbys und anderen Freizeitaktivitäten nahezu unmöglich ist. Da sprechen wir noch gar nicht über das Problem, wie man dann die Kleine in die Kita bringt.

Mit diesen mitunter sehr plötzlich kommenden Dienstverschiebungen hat sich unsere Bereitschaftspolizei seit Jahren herumzuplagen, und natürlich dann auch die Abschnitte, Stäbe und Versorgerteams, die alle dann ihren Teil dazu beitragen müssen bzw. in die Lücke springen, die ein Kollege auf der Wache hinterlässt, weil er in die AHu muss. Es hat in dieser Legislaturperiode aber noch mal an Intensität zugenommen. Zum einen, weil Berlins

rot-rot-grün geführte Politik die Polizei zunehmend als Mutti für alles sieht (Stichwort Diebstahlverbotszonen oder in Pandemiezeiten Park- und Restaurant-Kontrolleure), eben jene Politik sich aber auch in einzelnen Bereichen auf die Fahne geschrieben hat, einen starken Rechtsstaat zu zeigen, was im Prinzip durchaus richtig ist. So haben wir in den vergangenen zwei, drei Jahren unglaublich viele, sehr personalintensive Durchsuchungsmaßnahmen im Bereich Organisierte Kriminalität abgespult. Wir werden noch sehen, ob das nachhaltig wirklich Erfolg bringt. Klar ist, dass die Polizeiarbeit da nur ein Bestandteil sein kann.

Man sollte bei allem auch nicht vergessen, dass die gesetzlichen Neuregelungen in dieser Legislatur – z. B. LADG, Versammlungsfreiheitsgesetz – die Polizeiarbeit durchaus erschwert haben. Ohnehin schwingt so eine stetige Präsenz der kritischen Betrachtung polizeilicher Maßnahmen, ehe ein Einsatz überhaupt begonnen hat, mit und hat so massive Auswirkungen auf die jede Einsatzplanung. Kein Polizeiführer möchte sich am Montag nach einem Demowochenende mit den Querdenkenern, Fahrradlobby, Nahostkonflikt, steigenden Mieten und was noch so alles kommt im Innenausschuss dafür rechtfertigen müssen, warum irgendwo in dieser Fastvier-Millionen-Einwohner-Stadt ein Einsatz in den Schlüpper gegangen ist. Rechtfertigen muss man sich ohnehin und selbst wenn bei

100 Versammlungen an Pfingsten keine negativen Schlagzeilen entstehen, kann man sich darauf einstellen, dass irgendjemand Kritik äußert. So stopfen wir regelmäßig auch Lagen mit Tausenden Einsatzkräften zu, bei denen wir vor ein paar Jahren mit ein paar Hundert ausgekommen wären. Ich kann es keiner Führungskraft verübeln.

Aber dann eben auch keiner und keinem anderen, wenn man unzufrieden ist, krank wird, in eine andere Behörde wechseln möchte. Schon gar nicht, wenn man hört, dass woanders die letzte AHu-Aufstellung gute zehn Jahre zurückliegt. Das Thema Arbeitszeit und vor allem die Vereinbarkeit dieser mit Familie, Freunden und Hobbys tragen neben der Bezahlung einen wesentlichen Anteil an der Arbeitszufriedenheit, und nur wer zufrieden ist, bleibt langfristig gesund und kann seiner Arbeit professionell nachkommen. Genau deshalb weisen wir auf Probleme hin, kämpfen für mehr Personal, bessere Bezahlung, Kompensationsmodelle in Form von finanzieller Entschädigung oder freien Tagen, den wirklichen Bestand von sagenhaften sechs geschützten freien Wochenenden im Jahr und verlässliche Dienstpläne. Das ist ein harter Kampf, aber er ist wichtig und Berlins Politik muss irgendwann verstehen, dass alles andere als die Aufnahme und Umsetzung unserer Forderungen nachhaltig die Sicherheit der Stadt gefährdet. ■



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,** der Sommer ist angekommen und langsam aber sicher nähern wir uns wieder der Normalität, einem Leben, in welchem das Corona-Virus weder unseren Arbeitsalltag noch unsere Freizeit beschäftigt. Das spüren wir im Rah-

men der gewerkschaftlichen Arbeit, weil wir zunehmend wieder im persönlichen statt dem digitalen Gespräch miteinander reden, mit unserer Interviewpartnerin Franziska Giffey, aber auch mit unseren Mitglieder, Euch allen.

**Viel Spaß beim Lesen! Benjamin Jendro, Landesredakteur**

**BEIHILFE – LEICHT GEMACHT!**

# Wissenswertes zum Berliner Beihilferecht in sechs Kapiteln – Kapitel 4

## Fahrtkosten, Reha, AHB, Spezielle Kliniken

**F**ahrtkosten, die bei Fahrten zu ärztlichen oder zahnärztlichen Behandlungen anfallen, sind grundsätzlich nicht beihilfefähig. Denn sie sind lediglich mittelbare Neben- und keine unmittelbaren Krankheitskosten. Beihilfefähige Fahrtkosten bilden die Ausnahme, sie sind streng begrenzt auf medizinisch notwendige Fahrten. Von da-

Die Kosten für Krankentransportfahrten sind dann beihilfefähig, wenn nachgewiesen wird, dass die fachliche Betreuung während der Fahrt und/oder die Nutzung der speziellen Einrichtung des Fahrzeugs ärztlich verordnet worden sind. Keine Rolle spielt hierbei die Frage, ob die Fahrt zu einer ambulanten oder stationären Einrichtung führt.

kann man eine pauschale Zustimmung zu den Fahrtkosten erwirken. Das gilt auch für Patienten mit den Schwerbehinderten-Merkzeichen aG, Bl und H sowie für Personen mit den Pflegegraden 3 bis 5. Fahrten von Eltern anlässlich des Besuchs ihres stationär untergebrachten Kindes, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, zählen ebenfalls zu den Ausnahmefällen.

Über allen diesen Erstattungen schwebt stets das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Ganz wichtig: Die Bestimmungen zur Fahrtkostenerstattung sind bei den Tarifen der privaten Krankenversicherungen höchst unterschiedlich. Fragen Sie daher unbedingt rechtzeitig bei Ihrer Kasse nach.

### Vier Mal Rehabilitation

Bei der Rehabilitation (Reha) unterscheidet man vier Arten. Die stationäre Reha und die ambulante Reha für Aktive in einem anerkannten Heilbad oder Kurort, die ambulante Reha am Wohnort oder wohnortnah und die Anschlussheilbehandlung (AHB). Für alle diese Bereiche gilt, dass die ärztlichen und psychotherapeutischen Maßnahmen, die verordneten Heil- und Hilfsmittel und auch die Kurtaxe und die Fahrtkosten beihilfefähig sind, wobei speziell im Bereich der Heilmittel Höchstbeträge gelten. Ambulante und stationäre Rehamaßnahmen für Aktive müssen unbedingt vorher im sogenannten Voranerkennungsverfahren genehmigt werden. Das dabei erstellte Gutachten gilt für vier Jahre, eine neue Anerkennung kann erst danach wieder erfolgen. Die bewilligte Maßnahme muss binnen vier Monaten begonnen werden. Ambulante Rehamaßnahmen für Akti-



her ist für deren Geltendmachung immer eine entsprechende ausdrückliche Verordnung des Arztes notwendig. Das gilt auch für Fahrten zu ambulanten Operationen – inklusive Vor- und Nachbehandlung – und zu stationären Krankenbehandlungen. Reine Rettungsfahrten sind hingegen grundsätzlich beihilfefähig.

Fahrten zur „normalen“ ambulanten Behandlung sind zwar in bestimmten Ausnahmefällen beihilfefähig, müssten aber im Grunde vorab von der Beihilfestelle genehmigt werden. Gedacht sind die Ausnahmen nämlich für wiederkehrende Fahrten, z. B. zur Dialyse oder zur onkologischen Chemo- oder Strahlentherapie. Für diese Fahrten



Foto: Getty/PatPictures

Landeschef Cioma zu 2,3 Millionen Überstunden via Tagesspiegel

„Während der Pandemie sind reihenweise Polizeiaufgaben weggefallen. Dass die Überstunden in der Zeit dennoch stetig angestiegen sind, sollte ein Warnsignal an alle Politiker dieser Stadt sein. Neben den Überstunden sind es vor allem die vielen kurzfristigen Dienstzeitverlagerungen und Alarmierungen, die an der Gesundheit meiner Kolleginnen und Kollegen kratzen. Die Verantwortlichen müssen das endlich kompensieren, mit Freizeit und Geld, denn es geht hier neben Wertschätzung für die Arbeit auch um die Fürsorgepflicht und Arbeitsschutz durch das Land Berlin.“

ve dienen der Erhaltung oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit. Sie müssen in einem anerkannten Heilbad oder Kurort durchgeführt werden und in Anlage 13 (Heilbäder- und Kurortverzeichnis) der Berliner Landesbeihilfeverordnung enthalten sein. Bei der stationären Reha stehen chronische oder langwierige Erkrankungen im Mittelpunkt. Diese Behandlungen sind nur beihilfefähig, wenn sie in einer sogenannten „zugelassenen“ Einrichtung (eine Einrichtung mit Versorgungsvertrag) durchgeführt werden. Eine ambulante Reha im Wohnort oder wohnortnah, die natürlich auch für Versorgungsempfänger gilt, hat im Beihilferecht immer Vorrang vor stationären Maßnahmen, es reicht eine ärztliche Verordnung.

Für die Fahrtkosten bei Rehamaßnah-

men, die nicht am Wohnort stattfinden, gilt: Unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel können insgesamt nicht mehr als 200 € für die Maßnahme (Hin- und Rückfahrt) als beihilfefähig anerkannt werden.

Eine Anschlussheilbehandlung (AHB) erfolgt in der Regel unmittelbar an einen Krankenhausaufenthalt oder im Zusammenhang mit einem solchen. Meist wird die AHB direkt vom Krankenhaus beantragt. Auch für diese Form der Reha sollte man eine zugelassene Einrichtung wählen, denn bei sogenannten Privatkliniken und gerade auch psychosomatischen Kliniken kann es böse Überraschungen in Form von hohen Eigenanteilen geben. Eine Voranerkennung ist in diesem Fall zwar nicht nötig, jedoch muss die Maßnahme ärztlich verordnet und die gewählte Einrichtung geeignet sein. Im Normalfall sollte eine AHB unmittelbar – in der

Regel binnen 14 Tagen – im Anschluss an den Klinikaufenthalt durchgeführt werden. Oberstes Gebot für alle Rehamaßnahmen ist die nachgewiesene medizinische Notwendigkeit. Liegt diese vor, können beihilfeseitig auch individuelle Besonderheiten berücksichtigt werden.

Auch im Bereich der Rehamaßnahmen sollten Sie sich bei Ihrer privaten Krankenkasse genau über deren mögliche Leistungen erkundigen und diese notfalls rechtzeitig anpassen lassen.

Medirenta, Deutschlands führende Beihilfeberatung, ist Partner der GdP Berlin. Die Fachleute von Medirenta übernehmen für Beihilfeberechtigte sämtliche Vorgänge rund um deren Krankenkosten, und das seit rund 40 Jahren. ■

## Neuer Partner für die Mitglieder der GdP Berlin!

### Beihilfe – leicht gemacht!

Für Polizisten ist die Absicherung ihrer Familie ein hohes Gut. Zu den momentan hohen Belastungen durch die Pandemie kommen für Beihilfeberechtigte noch die Mühen mit den Beihilfe-, Kranken- und Pflegekostenabrechnungen hinzu. Und wer übernimmt, wenn Sie selbst es nicht mehr können oder wollen?

Die Abrechnungsfachleute von MEDIRENTA – Kooperationspartner der GdP Berlin – übernehmen mit ihrem **Komplett-Service** für ihre Mandanten sämtliche Abrechnungsvorgänge mit allen Kostenträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen.

Sie schicken als Mandant der MEDIRENTA einfach **alle** Ihre Kranken- oder Pflegekosten betreffenden Unterlagen – Belege, Bescheide, Rechnungen usw. – an die Beihilfespezialisten. Alles Weitere wird dort für Sie erledigt. Seit rund 40 Jahren bietet MEDIRENTA Beamten und ihren Angehörigen diese umfassende Rechtsdienstleistung. Fordern Sie jetzt Ihr **individuelles Angebot** an!



Foto: vectorfieldart@stock.adobe.com

Wer erst einmal für sich und seine Familie (nur) vorsorgen möchte, der bucht den **Notfall-Tarif**. Dieser für die Mitglieder der GdP Berlin exklusive Tarif beinhaltet noch nicht die Abrechnungsübernahme. Es wird aber alles für den Notfall vorbereitet. Diese reine Vorsorge kostet lediglich 7,- Euro im Monat

**Informieren Sie sich,  
rufen Sie uns an:  
030 / 27 00 00**



[info@medirenta.de](mailto:info@medirenta.de)

[www.medirenta.de](http://www.medirenta.de)

**Berlin-Wahl 2021 – Wir fragen für Dich nach**

April: Teil 1 – Klaus Lederer (Die Linke)

Mai: Teil 2: Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen)

Juni: Teil 3 – Sebastian Czaja (FDP)

**Juli: Teil 4 – Franziska Giffey (SPD)**

August: Teil 5 – Kai Wegner (CDU)

**INTERVIEW DES MONATS – BERLIN-WAHL 2021 – TEIL 4: FRANZISKA GIFFEY**

# „Die Realität der Großstadt endet nicht um 22 Uhr“

In den letzten Wochen ist es unruhig um Franziska Giffey geworden. Doch womöglich ist der Rücktritt als Bundesministerin auch eine Befreiung für die anstehende Berlin-Wahl, in der die frühere Neuköllner Bezirksbürgermeisterin als Spitzenkandidatin der SPD auf Michael Müller folgen möchte. Wir haben mit ihr über ihre Pläne gesprochen.



Foto: Jonas Holthaus

**Liebe Frau Giffey, ich muss die Frage zu Beginn stellen: Warum treten Sie als Bundesfamilienministerin zurück, sind aber der Meinung, die beste Kandidatin für die Regierende Bürgermeisterin Berlins zu sein?**

Ich habe als Ministerin die Konsequenzen aus dem andauernden, nunmehr dritten Überprüfungsverfahren meiner Dissertation gezogen. Ich bin Ministerin geworden mit diesem Dokortitel. Ich habe gesagt, wenn der Titel aberkannt wird, trete ich als Ministerin zurück. Für die Kandidatur in Berlin trete ich ohne Titel an. Die Menschen wissen, was sie bekommen, nämlich Franziska Giffey ohne Titel. Sie bekommen aber auch jemand mit fast 20 Jahren politischer Erfahrung auf der kommunalen und auf der Bundesebene. Niemand bestimmt mich für das Amt. Es ist eine Wahl. Ich mache ein Angebot, die Berlinerinnen und Berliner können

entscheiden, ob sie dieses annehmen oder nicht.

**Liebe Frau Giffey, wann hatten Sie als Privatperson das letzte Mal Kontakt zur Polizei?**

In der Stadt treffe ich häufiger auf Polizistinnen und Polizisten und unterhalte mich gerne kurz mit ihnen. Zu Silvester habe ich gemeinsam mit dem Berliner Innensenator Andreas Geisel die Polizei-Einsatzhundertschaft im Raumschutz auf der Straße des 17. Juni, den Polizeiabschnitt 48 in Rudow und die Feuerwache Neukölln in der Kirchhofstraße besucht und den Einsatzkräften für ihre Arbeit gedankt. Jede und jeder, der in Berlin lebt, soll sich sicher fühlen können. Diejenigen, die dafür nicht nur in der Silvesternacht sorgen, haben unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient.

**Fühlen Sie sich sicher in der Hauptstadt?**

Grundsätzlich ja, aber es ist noch was zu tun, damit Berlin für alle eine sichere Metropole bleibt und wird: Wir müssen das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen durch eine gut sichtbare Hauptstadtpolizei weiter stärken. Es darf keine dunklen Ecken und Angsträume im öffentlichen Raum geben. Auch die Verkehrssicherheit muss erhöht werden, insbesondere für Radfahrerinnen und Radfahrer. Zu einer sicheren Metropole gehört aber auch das konsequente Vorgehen gegen gewalttätige Übergriffe, illegale Autorennen, gewaltorientierte Hausbesetzungen, den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität.

**Welche Rolle spielen Polizei und Feuerwehr in Ihrem Alltag?**

Die Berliner Polizei und die Berliner Feuerwehr gehören einfach zu unserer Stadt, sei es auf Streife oder im Einsatz. Ich freue mich immer, wenn ich die Kolleginnen und Kollegen sehe.

**Welchen Aufwuchs in Sachen Personal planen Sie für Polizei und Feuerwehr?**

Der durch Andreas Geisel bereits begonnene Personalaufwuchs bei Polizei und Feuerwehr wird durch die Ausbildungsinitiative weiter verstetigt – auch um die Pensionierungswelle aufzufangen. Die bestehende Berliner Sicherheitsarchitektur will ich weiter stärken und ausbauen. Wir haben in unserer Verantwortung seit 2016 die größte personelle Verstärkung der Berliner Polizei seit vielen Jahrzehnten auf den Weg gebracht. Wir haben in dieser Legislaturperiode bei der Polizei 2.300 neue Stellen geschaffen und bei der Feuerwehr 800 neue Stellen. Dafür haben wir die Ausbildungskapazitäten erst verdoppelt und seither voll ausgeschöpft. Das werden wir auch in der nächsten Legislatur so weiter fortsetzen. Allerdings verlangsamt sich dann der personelle Aufwuchs, weil aus demografischen Gründen viele Kolleginnen und Kollegen ausscheiden. Trotzdem bleiben wir bei einem jährlichen positiven Saldo.

Aber diese Demografie war der Grund, weshalb wir so ein Tempo beim Personalaufwuchs machen mussten. Wir brauchen mehr Personal und eine angemessene technische Ausstattung bei den Ermittlungsbehörden. Unser Ziel ist eine sichere Stadt für alle.

## Hier findest du uns im Social Media



@gdpberlin



gdp\_berlin



@GdPHauptstadt

Auch bei der Feuerwehr führen wir den Personalaufwuchs weiter und sichern so die erforderliche Leistungsfähigkeit. Dafür ist es notwendig, dass langfristig alle in der Ausbildung befindlichen Angehörigen der Berliner Feuerwehr nach erfolgreicher Laufbahnprüfung in ein festes Dienstverhältnis übernommen werden können.

### Wie stehen Sie zu einem 24/7-Dienst bei den Ordnungsämtern?

Die Realität der Großstadt endet nicht um 22 Uhr. Deshalb muss man über die Ausweitung der starren Einsatzzeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter nachdenken. Ordnungswidrigkeiten passieren nun mal rund um die Uhr. Dennoch muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten auch weiter einen hohen Stellenwert haben.

### Was denken Sie über ein autofreies Berlin?

Ich glaube, das entspricht nicht den Realitäten unserer Stadt. Es gibt immer Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, weil sie mehr als sich selbst zu transportieren haben, und bei Nacharbeit ist das auch ein Sicherheitsfaktor. Aber grundsätzlich gilt: Wir müssen attraktive Alternativen zum Auto anbieten, damit die Menschen freiwillig auf das Auto verzichten. Deswegen wollen wir den öffentlichen Nahverkehr stärken und ausbauen. Gerade in den Außenbezirken müssen wir die Angebote steigern. Die Berliner SPD will gute Rahmenbedingungen schaffen, damit alle so mobil sein können, wie sie es wollen und brauchen.

### Planen Sie eine Lebensarbeitszeitverlängerung bei Beamten/eine Anhebung des Pensionsalters?

Alle anderen Bundesländer und der Bund haben bereits ein höheres Pensionsalter, optional ist das in Berlin bereits für Mangelberreiche jetzt schon möglich. Aber nicht alle können oder wollen länger arbeiten. Die Beratungen zu diesem Thema sind noch nicht abgeschlossen.

### Wie stehen Sie zum Thema Videoüberwachung an belebten Plätzen und Orten?

Für die Verfolgung und Verhinderung von Kriminalität brauchen die Sicherheitsbehörden entsprechende Befugnisse. Videoüber-

wachung wollen wir temporär und anlassbezogenen nutzen, um mehr Möglichkeiten zur Ahndung von Straftaten zu schaffen. Die SPD unterstützt Bodycams für die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr. Das schützt die Beamtinnen und Beamten vor Übergriffen und macht die polizeiliche Arbeit transparent.

### Sie sprachen kürzlich über eine mobile Wache am Kotti, was versprechen Sie sich davon?



Die innere Sicherheit ist ein Kernanliegen für uns. Ich war kürzlich am Kottbusser Tor und habe mit Geschäftsleuten und Anwohnern gesprochen. Sie alle haben mir klar gesagt, dass etwas passieren muss und sie sich – gerade am Abend – nicht sicher fühlen. Es gibt genügend Orte in Berlin, wo wir etwas tun müssen – am Kottbusser Tor, am Hermannplatz, am Alexanderplatz. Wir brauchen eine Hauptstadtpolizei, die sichtbar und direkt ansprechbar für die Bürgerinnen und Bürger ist. Wir müssen das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates stärken, das bei dem einen oder anderen Bürger eingeschränkt oder sogar verloren gegangen ist. Die Menschen müssen spüren: Wir packen das an. Eine Kotti-Wache ähnlich wie am Alexanderplatz könnte dazu einen Beitrag leisten.

### Welche Schritte planen Sie, wenn das BVerfG nach der Besoldung von Richtern auch die A-Besoldung vergangener Jahre als verfassungswidrig einstuft? (Widerspruch, Auszahlung nur an Kläger, Pauschalbetrag ...?)

Berlin muss zunächst abwarten, wie über die Vorlagen zur Beamtenbesoldung in Karlsruhe entschieden wird. Sollte die A-Besoldung verfassungswidrig sein, muss es eine Nachbesserung für diejenigen geben, die es rechtzeitig geltend gemacht haben. Es gab bereits erhebliche Erhöhungen bei der Besoldung in dieser Legislatur, Berlin liegt inzwischen gut im Mittelfeld der Länder. Die Hauptstadtzulage wirkt gerade bei unteren und mittleren Einkommen.

### Welchen Platz im Besoldungsranking streben Sie für 2026 an?

Berlin sollte 2026 den guten Platz im Ranking halten, auch um konkurrenzfähig zu bleiben. Wir waren 2016 auf Platz 17 der Besoldung. Alle Bundesländer und der Bund waren vor uns. 2021 sind wir auf Platz 8 vorgerückt. Konkret bedeutet das, dass jeder Polizist und jeder Feuerwehrangehörige monatlich im Durchschnitt 800 Euro mehr verdient als vorher (Besoldung und Zulagen). Versprochen und gehalten.

### Zulagen sind mittlerweile ein wichtiger Gehaltsbaustein – ist mit der SPD die Ruhegehaltsfähigkeit machbar?

Die Zulagen sind bereits zum Teil ruhegehaltsfähig, andere Zulagen werden nur im Hinblick auf bestimmte Belastungen im aktiven Dienst gewährt. Für mich stehen vor allem eine gute Grundbesoldung und Familienzuschläge im Fokus. Aber auch gute Arbeitsbedingungen und eine Wertschätzung der Arbeit sind mir sehr wichtig.

### Was halten Sie von einer 35-Stunden-Woche?

Es ist wichtig, dass Arbeitszeiten besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit für ihre Familie, soziales Engagement oder auch Weiterbildungen haben. Viele Gewerkschaften haben bereits eine Absenkung der Arbeitszeit erstritten. Das ist grundsätzlich zu begrüßen.



## REDAKTIONSSCHLUSS

für unsere August-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 5. Juli 2021.

**Euer Landesredakteur**

### Was sind die größten Herausforderungen in der neuen Legislaturperiode?

Meine Schwerpunkte sind ganz klar: Unsere fünf Bs für Berlin: Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung, Berlin in Sicherheit. Auf dem Landesparteitag der SPD habe ich zwei Zusagen gemacht: Der Neubau von bezahlbarem Wohnraum muss Cheffinnensache werden – die Zielmarke liegt bei 20.000 neuen Wohnungen pro Jahr. Und zweitens: Wir wollen Berlin nach der Pandemie wieder zu neuer Stärke führen und mit unserem Zukunftsfonds „Neustart Berlin“ besonders die Branchen unterstützen, die unter der Pandemie besonders gelitten haben.

### Was sind für Sie die größten Baustellen der inneren Sicherheit?

Unser Ziel ist eine sichere Stadt für alle mit einem starken Rechtsstaat, dem die Menschen vertrauen, der Regelverletzungen konsequent und nachhaltig verfolgt und der keine rechtsfreien Räume oder Gewalt zulässt. Dafür müssen wir entschieden gegen jede Form der Kriminalität vorgehen. Andreas Geisel tut dies konsequent und gemeinsam werden wir diesen Weg weiterverfolgen und intensivieren, etwa gegen die organisierte Kriminalität.

### In diesen Tagen ist es auch wichtig, dass wir die Demokratie fördern und Hass und Gewalt bekämpfen, insbesondere mit Blick auf die antisemitischen Vorfälle in jüngster Zeit.

Eine starke Polizei ist das eine, eine starke Justiz, die modern und effizient ist, brauchen wir genauso. So schaffen wir Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum.

### Was planen Sie genau, um die Digitalisierung im öffentlichen Dienst voranzutreiben?

Mit einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie für die Verwaltung sorgen wir für eine einheitliche Steuerung und dafür, dass die Digitalisierung in allen Bereichen Priorität hat. Für diese Steuerung ist eine landesweite Verantwortlichkeit vorgesehen, die in der Lage ist, die Digitalisierungsaktivitäten der Senats- und Bezirksverwaltungen zusammenzuführen sowie die übergeordnete Strategie zu koordinieren. Darüber hinaus soll in jeder Behörde eine „Stabsstelle Digitalisierung“ eingerichtet werden. Die Investitionen in die Modernisierung und Standardisierung der Technik der Berliner Verwaltung werden mit uns in den nächsten fünf Jahren verstärkt.

### Welche Bausteine benötigt es, um die Berliner Landesverwaltung zum attraktiven Arbeitgeber zu machen?

Eine gute Verwaltung braucht gute Politik und das beste Personal. Geld ist bei Weitem nicht alles, um engagierte, kompetente und motivierte Beschäftigte zu gewinnen. Gute Arbeitsbedingungen, ein konstruktives Miteinander, eine offene und wertschätzende Arbeitsatmosphäre sind ebenso wichtig für die Zufriedenheit der Beschäftigten. Das Land Berlin ist mit seinen über 125.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Stadt. Wir wollen dafür arbeiten, dass Berlin ein attraktiver Arbeitgeber ist, der gute Arbeitsbedingungen für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet und auch viele junge Menschen für die öffentliche Verwaltung gewinnt. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeiten des mobilen und flexiblen Arbeitens, die Flexibilisierung des starren Laufbahnrechts, Aufstiegs- und Karrierechancen, gute Führungskräfte, Personalentwicklung, eine bessere Ausstattung der Arbeitsplätze und Digitalisierung. Wir brauchen ein echtes Management für das Werben um die besten Köpfe und für eine moderne Verwaltung im „Unternehmen Berlin“.

### Haben Sie einen Plan gegen Drogen und die dazugehörige Begleitkriminalität in der Hauptstadt?

Die SPD Berlin hat sich auf dem Parteitag dafür ausgesprochen, den Besitz und Konsum von Haschisch zum Eigenverbrauch nicht mehr strafrechtlich verfolgen zu wollen, sondern sich vor allem auf die Verfolgung von sogenannten harten Drogen zu konzentrieren. Drogenabhängige brauchen soziale und gesundheitliche Unterstützung.

Andererseits müssen aber die Strukturen der organisierten Kriminalität konsequent verfolgt werden. Der Drogenhandel, z. B. im Görlitzer Park, ist eine hohe Belastung für die Stadt, dagegen gehen wir entschieden mit verstärkten polizeilichen Kontrollen vor.

### Sie finden zufällig eine Milliarde Euro im Haushalt, über die Sie frei verfügen können – was würden Sie machen?

Die Corona-Krise hat den Haushalt stark belastet, aber wir wollen uns nicht aus der Krise sparen, sondern müssen investieren. Unsere fünf Bs setzen die richtigen Themen, auch für Investitionen:

Insbesondere die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und unser Neustartprogramm nach der Pandemie sind wichtig. Aber auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Pandemiefolgen.

Unser B für „Berlin in Sicherheit“ bedeutet auch soziale Sicherheit – soziale Projekte werden wir weiter unterstützen genau wie die Bekämpfung der Obdachlosigkeit.

### Was bekommen die Berlinerinnen und Berliner, wenn sie die SPD wählen? (Bitte als Six-Word-Flash beantworten, also mit exakt sechs Wörtern)

Eine lebenswerte, soziale und sichere Metropole. ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Berlin

**Geschäftsstelle**  
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
gdp-berlin@gdp-online.de  
www.gdp-berlin.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-13  
jendro@gdp-berlin.de

**Konten**  
Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



☞ GdP-Sprecher Jendro Mitte Juni via WELT

Die aktuellen Gewalttaten zeigen sehr deutlich, warum eine Begehung zur Begutachtung des Brandschutzes in der ‚Rigaer 94‘ mit Tausenden Polizisten in Amtshilfe abgesichert werden muss. Schon im Voraus werden brennende Barrikaden errichtet, Steine auf unsere Kollegen geworfen und schwerste Verletzungen in Kauf genommen. Es gibt keinerlei Legitimation für derartige Gewalttaten, und wir erwarten, dass sich alle Vertreter des Rechtsstaates klar gegen diese Extremisten stellen. Die Berliner Polizei wird ihnen in jedem Fall professionell und entschlossen entgentreten.



## Veranstaltungen

### Seniorengruppen

#### Dir 2

**Wann:** Dienstag, 6. Juli, 15 Uhr.

**Wo:** Terrasse, im Restaurant El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

**Hinweis:** Aufgrund der vom Senat vorgegebenen Einschränkungen ist der Termin unter Vorbehalt. Änderungen werden der Gruppe zeitnah per E-Mail bekannt gegeben.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 14. Juli, 16 Uhr.

**Info:** Einladung zur Neuwahl des Vorstandes der Seniorengruppe Dir 4 – Süd. Zur Vorstandswahl der Seniorengruppe Dir 4 – Süd sind alle Seniorinnen und Senioren der GdP-Bezirksgruppe Direktion 4 – Süd herzlich eingeladen!

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten!

**Wo:** Adria-Grill auf dem Hof (Gastgarten), Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin  
**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder bei Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

#### LKA

**Info:** Bis auf Weiteres entfallen coronabedingt die Treffen und Veranstaltungen der Seniorengruppe.

**Kontakt:** Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

#### LABO

Im Juli und August hat die LABO-Seniorengruppe Sommerpause.

### Landesfrauengruppe

**Wann:** Mittwoch, 28. Juli, 16–18 Uhr.

**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

## 2. Landesfrauenkonferenz „Hört uns Frauen zu – WIR reden mit!“

**Wann:** Freitag, 20. August, 10–16 Uhr.

**Wo:** Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin (direkt U-Bhf Lipschitzallee)

**Info:** Wir freuen uns auf die Teilnahme zahlreicher engagierter Gewerkschafterinnen, bitte Euch aufgrund der noch immer anhaltenden Pandemie aber um vorherige Anmeldung bis spätestens 1. August unter **britta.helmer@polizei.berlin.de** oder **doris.richter@polizei.berlin.de**.

## Neuwahlen in der Seniorengruppe LABO/LEA/BA

Pandemiebedingt ein bisschen verspätet fanden Anfang Juni die turnusmäßigen Wahlen des Vorstandes der Seniorengruppe „Junge Senioren“ in der Bezirksgruppe LABO/LEA/BA statt.

Wir gratulieren allen Gewählten! Unser besonderer Dank geht an Astrid! Nach zwölfjährigem, sehr erfolgreichem Vorsitz steht sie nun noch für den stellvertretenden Vorsitz bereit und gewährleistet einen nahtlosen Übergang! Auch ihre Arbeit im Landessenorenvorstand wird sie weiterführen.

Einstimmig wurden die folgenden Vorstandsmitglieder gewählt:

**Rita Grätz** – Vorsitzende

**Astrid Schindler** – stellvertretende Vorsitzende

**Jürgen Krüger** – Kassierer



Foto: Sport Duwe



Foto: Kroll

## SPORTLICHE MITGLIEDERAKTION

### Mit Ballgefühl zum EM-Trikot

Im Rahmen der Mitgliederbetreuung an der Polizeiakademie haben wir am 9. Juni ein Gewinnspiel passend zur Fußballmeisterschaft veranstaltet. Nachdem man über die Social-Media-Kanäle der GdP bereits zwei Trikots gewinnen konnte, gab es nun noch einmal zwei weitere DFB-Trikots bei uns am Betreuungsstand. Die Trikots wurden uns von unseren Partnern SIGNAL IDUNA (Bezirksdirektion Steffen Kroll) und Sport Duwe GmbH (Stefan Rasch) zur Verfügung gestellt. Hierfür herzlichen Dank an



Foto: GdP Berlin

unsere Kooperationspartner für die Unterstützung.

Was musste man tun? Wir suchten die Person, die beim Jonglieren am meisten überzeugen konnte. Gleich zu Beginn wurde ein Wert aufgestellt, der nachfolgende Teilnehmer\*innen eher demotivierte. Stolz 502 (in Worten: fünfhundertzwei) Wiederholungen schaffte das zweite GdP-Mitglied, welches an dem Tag teilnahm. Unser zweiter Gewinner schaffte ebenfalls stolze 127 Wiederholungen und sicherte sich das zweite Trikot.

Bei bestem Wetter und kühlen Getränken, die uns die Firma Tymbark zur Verfügung gestellt hatte, konnten wir den Kolleginnen und Kollegen in den Pausen so ein wenig erfrischende Abwechslung verschaffen. Wir bedanken uns bei allen, die teilgenommen oder bei uns am Stand vorbeigeschaut haben und gratulieren unseren beiden Gewinnern. Solltet Ihr an der PA Fragen haben, werden wir auch weiterhin regelmäßig für Euch vor Ort sein.

### SD SPORT DUWE DFB EM 2021 Trikot

Exklusiv für GdP-Mitglieder zum Sonderpreis



GdP-Sonderpreis:

DFB-Trikot S-3XL:  
schwarz oder weiß  
65,00 € inkl. MwSt

DFB-Trikot 128-176:  
schwarz oder weiß  
55,00 € inkl. MwSt

**Versand kostenlos!**

Aufdruck Name + Nr.:  
15,00€ (inkl. MwSt)

GdP-Sonderpreise für weitere EM Artikel:

EM 2020 Uniforia Glider Fußball: 20,00 € (inkl. MwSt)

EM 2020 Uniforia Original Spielball: 90,00 € (inkl. MwSt)



nur bestellbar per Email unter: [rasch@sportduwe-hagen.de](mailto:rasch@sportduwe-hagen.de)

nur solange der Vorrat reicht

Danke auch an die fleißigen Helfer an dem Tag, Jeannine, Axel, Niklas und Thorsten.

**Paul Vogler**

## Danke GdP

Mit viel Getöse hat der Berliner Senat die sogenannte Hauptstadtzulage für Beamte und Tarifbeschäftigte in Höhe von 150 Euro eingeführt. Es wurde eine Grenze bei A 13/E 13 gezogen, die weder begründet noch gerechtfertigt wird. Rentner und Pensionäre bleiben auch außen vor. Einmal mehr versucht man, in die Belegschaft einen Keil zu schlagen, der zu Ungerechtigkeiten führt und vom Problem der verfassungswidrigen Gesamtbesoldung ablenken soll.

### Frank Brinker, Polizeidirektor

Ich möchte mich hiermit ganz herzlich bei meiner Gewerkschaft und hier insbesondere der Bezirksgruppe der Dir 2 bedanken. Sofort und unbürokratisch hat man sich der Sachlage angenommen und über den DGB eine anwaltliche Vertretung für mich initiiert. Einen ersten Erfolg gibt es schon zu vermelden. Ursprünglich soll-

ten sämtliche Widersprüche abschlägig beschieden werden. Jeder für sich hätte sodann den Klageweg beschreiten müssen, um seine Ansprüche zu wahren. Selbst den Klageweg zu beschreiten, tun erfahrungsgemäß die wenigsten Kollegen. Dieses Kalkül wäre dem Berliner Senat prinzipiell zu unterstellen. Die Polizeibehörde

hat sich (aus welcher Motivlage auch immer) umentschieden und stellt Widersprüche jetzt doch ruhend.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der Berliner Senat erneut vor das BVerfG zerren lässt.

**Vielen Dank**